

Rede zum Antrag DS 6/8789 Grüne am 30.5.18

Güterverkehr in Brandenburg umweltverträglich und sicher gestalten

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Antrag: Güterverkehr in Brandenburg umweltverträglich und sicher gestalten greift ein sehr wichtiges und sehr komplexes Thema auf. So ist auch der Antrag!

Die VorrednerInnen haben die Situation gut beschrieben. Die Fraktionen ziehen unterschiedliche Schlussfolgerungen daraus.

Die LINKE fordert die längst überfällige Verkehrswende im Bund - mit aller Konsequenz ein, aber der aktuelle BVWP z.B. mit Vorrang für die Straße steht dagegen.

Lt. Mobistategie 2030 liegt der Straßengüterverkehr 85 % am Güterverkehrsaufkommen in Brandenburg. Schienengüterverkehr liegt bei etwa 15%. Das Güterverkehrsaufkommen soll bis zum Jahr 2030 um 30% wachsen - hauptsächlich auf der Straße. Damit ist ein weiterer Anstieg von Verkehrsunfällen, mehr Luft- und Lärmbelastung, ein Anstieg der klimaschädlichen Emissionen und enorme Flächenversiegelung verbunden.

Für die Verlagerung von Verkehren von der Straße auf die Schiene hat sich die LINKE immer konsequent eingesetzt. Wir brauchen eine nachhaltige Verkehrs- und Mobilitätspolitik – das ist der Weg in die Zukunft. Das ist uns wichtig.

Wir erkennen in der Politik von Herrn BundesVM Scheuer kaum etwas, was mit Verkehrswende und demzufolge mit Verlagerung von der Straße auf die Schiene zu tun hat. Hier aber, im BVM und in der GroKo sind die entscheidenden Prozesse für ein Umdenken und Umsteuern einzuleiten.

Zu einigen Punkten im Antrag:

- Wir halten es für notwendig, dass im BVWP die Priorität in Richtung Schiene jetzt geändert wird, mehr Investitionen für Mod. und zweigleisigen Ausbau und Streckenelektrifizierungen...auch im grenzüberschreitenden Verkehr.
- Wir finden es richtig, dass Beratungskompetenz für Transportunternehmen zur Umstellung auf die Schiene zielgerichtet genutzt werden kann, z.B. durch die IHK und GVZs
- Ich glaube nicht, dass wir extra ein Gutachten brauchen, was die nutzbaren Logistikpotenziale im Schienenverkehr aufzeigt.

Die Potentiale liegen doch auf der Hand:

- Schluss mit der Wettbewerbsbenachteiligung der Schiene gegenüber der Straße. Höchste Trassen- und Stationspreise haben oftmals die Nutzung des LKW der Bahnnutzung vorgezogen. Eine rein wirtschaftliche Entscheidung der Unternehmen.

- Und es war ein Riesenfehler, dass seit der Wende in Brandenburg von ca. 800 Betriebsanschlüsse (Zugangsstellen) der Bahn nur noch 540 abgebaut worden und ganze 140 Anschlüsse noch in Betrieb sind. Die fehlen jetzt. Das war Bundespolitik! Zugangsstellen zur Bahnnutzung sollten in der Ansiedlungspolitik wieder zur Bedingung gemacht werden und Anreize durch Förderung (Bund) geschaffen werden.
- Das Land fördert den Bahntechnologie Campus Havelland, auch als Kompetenzzentrum Schienengüterverkehrslogistik. Es ergänzt auch das GVZ Wustermark mit den Möglichkeiten des kombinierten Verkehrs mit Straße, Bahn und Hafen...oder GVZ Großbeeren mit seinem großen Güterbahnhof...Sie sind gute Kompetenzzentren für den kombinierten Verkehr...
- Wir halten es für selbstverständlich, dass sich die LR im Bundesrat stets für die Stärkung des Schienenverkehrs einsetzt.
- Was die Vermeidung und Reduzierung von Verkehrsunfällen und Unfallopfern betrifft, so werden sicher alle zustimmen, dass Kontrollen im Güterverkehr, v.a. auf Autobahnen, sehr wichtig sind.

So lange es für die Unternehmen kostengünstiger ist, ihre Güter mit LKWs auf der Straße und Autobahn zu transportieren und dadurch das Transportgeschehen auf der Straße weiter zunehmen wird, wird auch das Unfallgeschehen im Zusammenhang mit ständigen Baustellen für Neubauvorhaben und Sanierungen (Betonkrebs) uns auch weiterhin Kopfzerbrechen machen und uns politisch beschäftigen.

Es war gut, dass die Linke im AIL das Fachgespräch zum Güterverkehr beantragt hatte, dass wir heute diesen Antrag beraten haben und ihn in den AIL überweisen, wir bleiben dran am Thema und erwarten von CDU und SPD einen entsprechenden Veränderungsdruck auf die BR.

Wir werden als Land immer Prozesse unterstützen und hilfreich begleiten können. Aber die Hauptverantwortung und die Entscheidungskompetenz liegen beim Bund. In diesem politischen Zusammenhang bewegen wir uns, verehrte Kollegen von der CDU.